

Antrag 2023/GS/1
AG60plus Rheinhessen

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Landesvorstand, Landtags-
fraktion

Zur Verbesserung der künftigen (haus-)ärztlichen Versorgung

1 Zur Verbesserung der künftigen (haus-
2)ärztlichen Versorgung fordern wir fol-
3 gende Maßnahmen umzusetzen bzw.
4 die Bundesregierung zu veranlassen,
5 erforderliche Gesetzesänderungen für
6 die Durchführung dieser Maßnahmen
7 herbeizuführen:

8 1. Aufhebung des numerus clausus für das
9 Medizinstudium

10 2. Schaffung weiterer ausreichender zu-
11 sätzlicher Lehrstühle für das (hausärztli-
12 che) Medizinstudium und zusätzlicher Stu-
13 dienplätze

14 3. Ausbildung und Einsatz von hausärztli-
15 chen Versorgungsassistenten/-innen

16 4. Verlängerung der Initiative zur Gewin-
17 nung von Pflegepersonal und des Pro-
18 gramms zur Gewinnung von Studieren-
19 den für Allgemeinmedizin als Hausärzte im
20 ländlichen Raum

21 5. Verbesserung der Arbeitsbedingungen
22 für Ärzte und Pflegepersonal

23 6. Förderung von medizinischen Versor-
24 gungszentren bzw. Erhalt der kleinen Kran-
25 kenhäuser im ländlichen Raum

26 7. Nachhaltiges Finanzierungskonzept für
27 die vorgenannten Einrichtungen, die de-
28 ren wirtschaftlichen Betrieb und deren Be-
29 standsfähigkeit ermöglichen

30

31 Überweisung an den Landesvorstand der
32 SPD Rheinland-Pfalz sowie an die Landtags-
33 fraktion SPD Rheinland-Pfalz

34

35 **Begründung**

36 Angemessene medizinische Versorgung
37 ist ein Grundbedürfnis unserer Bürgerin-
38 nen und Bürger, ein wichtiger Pfeiler der
39 Daseinsvorsorge. Diese scheint in Zukunft
40 nicht gesichert zu sein. Der zunehmen-
41 de künftige Mangel an Hausärzten aus
42 verschiedenen Gründen ist allgemein
43 bekannt. Wir vermissen ein grundlegendes
44 Konzept (Masterplan) von Bund, Land und
45 den Kostenträgern unter Berücksichti-
46 gung der Belange der Beschäftigten zur
47 Behebung dieser misslichen Entwicklung.
48 Täglich kann man den Medien entnehmen,
49 dass die medizinische Grundversorgung
50 bei gleicher Entwicklung künftig nicht
51 mehr sicher erscheint, dass Krankenhäuser
52 Insolvenz anmelden und andere Erschwer-
53 nisse gegeben sind (z.B. lange Wartezeiten
54 bei den Terminvergaben u.a.) Wenn schon
55 Gebietskörperschaften Studierwillige an
56 ausländischen Universitäten als Mediziner
57 aus-bilden lassen müssen, kann in unserem
58 derzeitigen System etwas nicht stimmen.
59 Deshalb ist es höchste Zeit, dass unser me-
60 dizinisches System auf neue Grundlagen
61 gestellt wird. An kleinen Schraubchen zu
62 drehen reicht nicht aus.